

Klaus-Peter Hufer

Politische Bildung in schwierigen Zeiten



EDITION VHS AKTUELL

Beiträge zur Weiterbildung

Klaus-Peter Hufer

Politische Bildung in schwierigen Zeiten

Vortrag anlässlich der 31. Mitgliederversammlung des Sächsischen Volkshochschulverbandes am 17.09.2018 in Görlitz

EDITION VHS AKTUELL

Beiträge zur Weiterbildung



EDITION VHS AKTUELL – Beiträge zur Weiterbildung

Heft 1: Klaus Ahlheim: Die Idee der Volkshochschule und die politische Gegenwart. Chemnitz 2015

Heft 2: Susanne Sachse: Facebook - Ein Marketingkanal für Volkshochschulen? Eine Erfolgsanalyse der Aktivitäten sächsischer Volkshochschulen auf Facebook. Chemnitz 2016

Heft 3: Hans-Werner Schneider: „Wie alles begann...“. Die Anfänge des Sächsischen Volkshochschulverbandes. Chemnitz 2016

Heft 4: Klaus-Peter Hufer: Stand und aktuelle Perspektiven der politischen Erwachsenenbildung im Freistaat Sachsen. Chemnitz 2016

Heft 5: Holger Müller: Online-Marketing der Volkshochschulen in Sachsen. Bedarfe, Erfahrungen, Potentiale, Perspektiven. Chemnitz 2017

Heft 6: Marion Annett Lehnert: Prävention und Gesundheitsförderung in der Volkshochschule. Die Bedeutung Sächsischer Volkshochschulen im gesundheitlichen Präventionskontext zur Unterstützung einer kommunalen Präventionsstrategie. Chemnitz 2017

Heft 7: Stephan Beetz, Pauline Bender, Friederike Haubold: Erwachsenenbildung im ländlichen Raum. Ergebnisse der qualitativen Studie „Weiterbildungsbedarf in ländlichen Regionen im Freistaat Sachsen“. Chemnitz 2018

Heft 8: Franziska Aegerter, Katrin Borsdorf, Elke Lindner, Pia Rohr: Inklusive Weiterbildungsangebote an sächsischen Volkshochschulen. Evaluation und Handlungsempfehlungen. Chemnitz 2018

Heft 9: Jana Riedel, Sylvia Schulze-Achatz, Matthias Weber: Impulse für das selbstgesteuerte Lernen in Weiterbildungsinstitutionen. Chemnitz 2018

Heft 10: Klaus-Peter Hufer: Politische Bildung in schwierigen Zeiten. Chemnitz 2018

Impressum

© Sächsischer Volkshochschulverband e.V., Chemnitz 2018

Alle Rechte vorbehalten. Dieser Text oder Teile daraus dürfen nicht ohne die schriftliche Genehmigung des Sächsischen Volkshochschulverbandes vervielfältigt, in Datenbanken gespeichert oder in irgendeiner Form übertragen werden.

Redaktion: Ulrich Klemm
Satz/Layout: SW
Titelfoto: © animaflora/stock.adobe.com

EDITION VHS AKTUELL – Beiträge zur Weiterbildung
Schriftenreihe des Sächsischen Volkshochschulverbandes
Herausgegeben vom Sächsischen Volkshochschulverband e.V.
Dr. Ralph Egler, Vorsitzender
Prof. Dr. Ulrich Klemm, Geschäftsführer
Bergstraße 61 | 09113 Chemnitz | www.vhs-sachsen.de | info@vhs-sachsen.de

Vorwort

Vor 100 Jahren – 1918 – wurde die Volkshochschule Görlitz gegründet. Ein guter Anlass für die 31. Mitgliederversammlung des Sächsischen Volkshochschulverbandes am 17.09.2018 in dieser auch architektonisch bedeutenden Stadt zu tagen. Die Volkshochschule Görlitz entstand – und das ist nicht ungewöhnlich für die VHS-Bewegung – auf dem Fundament zivilgesellschaftlich bürgerlicher Bestrebungen, noch bevor die VHS-Arbeit im Jahre 1919 in der Weimarer Verfassung als verpflichtende Aufgabe für das Reich, die Länder sowie die Gemeinden verankert wurde. In dieser bewegten Tradition spiegeln sich die aktuellen Problematiken der sächsischen Volkshochschullandschaft. Es gehört zu den gegenwärtigen Anstrengungen der sächsischen Volkshochschulen, sich verantwortungsvoll den Fragen nach zeitgemäßen Bedingungen für Erwachsenen-/Weiterbildung und ihren Herausforderungen im Umfeld und Kontext der Bürger- oder Zivilgesellschaft zu stellen.

Unsere Vision: die „Idee VHS“ wird an der Institution Volkshochschule zur praktischen, alltäglichen Ermöglichung gesellschaftlicher Mündigkeit und Emanzipation. Volkshochschule ist ein Ort der Teilhabe an Gesellschaft und Gemeinschaft. Sie verhilft zu Selbstvertrauen, Stärke, Identität und mentaler Heimat. Volkshochschulen – ausgestattet mit einem gesellschaftlich anerkannten politischen Bildungsauftrag – können als akzeptierter, neutraler und wirkmächtiger Akteur ein wichtiges erwachsenenpädagogisches Einfluss- und Handlungsfeld gestalten, prägen und befördern. Für die vielgestaltigen Wege zur Unterstützung angestrebter Mündigkeit, Selbstbestimmung und Emanzipation von Bürgern, Vermittlung politikbezogener Werte und Inhalte, Aktivierung politischen Engagements vernetzt sich Volkshochschule immer stärker mit gesellschaftlichen Partnern. Die gemeinsame landesweite Veranstaltungsreihe „Kontrovers vor Ort“ mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung ist dafür ein sehr gegenwärtiges und wahrnehmbares Beispiel.

Unsere Einladung an Prof. Klaus-Peter Hufer, über politische Bildung in schwierigen Zeiten auf unserer Mitgliederversammlung zu sprechen, ist folgerichtig. Im Jahre 2016 lieferte er mit seiner pointierten Analyse zum Stand und den aktuellen Perspektiven der politischen Erwachsenenbildung im Freistaat Sachsen eine beklagenswerte Reflexion extrem verringerter Themensetzungen und Angebote für den Bereich der politischen Bildung auch in den sächsischen Volkshochschulen, besonders im ländlichen Raum.

Politikbezogene Informationsvermittlung und -verarbeitung im Sinne von Meinungsbildung, Wertebewusstsein und -entwicklung für eine bürgerschaftliche Erwachsenenbildung gehört zu den klassischen Kernkompetenzen, denen sich eine Volkshochschule stellen muss. Klaus-Peter Hufer greift in seinem Vortrag aus praxisnaher Position wichtige Themen auf, die Teilnehmer/-innen unserer Veranstaltungen als relevante Bestandteile ihrer Lebenswirklichkeit wiedererkennen: sowohl das Spannungsverhältnis von Individualisierung und Globalisierung als auch die „Ambivalenz“

der Digitalisierung. Überzeugend und engagiert erklärt Klaus-Peter Hufer die Phänomene eines neuen Populismus und des Zweifels an Fakten und Tatsachen in der Gesellschaft, einhergehend mit dem Verlust der Verbindlichkeiten und der Öffentlichkeit. Mit Blick auf die Richtung zukünftiger Steuerungsfähigkeit der Gesellschaft charakterisiert er das Verhältnis von Politik und Wirtschaft mit zunehmendem Gestaltungsverlust der Politik: „Wirtschaft first, Politik second“. Deshalb fordert Klaus-Peter Hufer: „Im Mittelpunkt: die Demokratie“ – darum ginge es letztlich bei den Angeboten politischer Bildung. Volkshochschule als wichtiger gesellschaftlicher Akteur muss ihren klassischen institutionenhistorisch angelegten Aufgaben nachgehen, indem sie bürgerliches Selbstbewusstsein und „Verständnis für eine soziale und plurale Demokratie“ entwickeln hilft.

Volkshochschulen erlangen im beschriebenen Kontext Zukunftsfähigkeit und Geltung, wenn sie, und da stimme ich Klaus-Peter Hufer zu, „an der Qualität der politischen Erwachsenenbildung [...] arbeiten“. Diese von ihm beschriebene Voraussetzung der „Legitimität“ des Faches politische Erwachsenenbildung verknüpfe ich mit der Forderung nach einer kommunal verpflichteten Institution Volkshochschule in Sachsen.

Vielen Dank an Professor Klaus-Peter Hufer – ich erlebte ihn einmal mehr authentisch und kämpferisch für eine kritische gesellschaftliche Wirkinstanz im regionalen Raum – die Volkshochschule.

Dr. Ralph Egler

Vorsitzender des Sächsischen Volkshochschulverbandes e. V.

Politische Bildung in schwierigen Zeiten

Als ich mich an das Thema heransetzte, das mir Uli Klemm vorgab, hatte ich mir zur Einstimmung ein Buch aus dem Regal geholt: „Menschen in finsternen Zeiten“ (Arendt 2012), eine Sammlung von Reden Hannah Arendts. Vor fast 70 Jahren, 1959, wurde Hannah Arendt von der Stadt Hamburg mit dem Lessing-Preis geehrt. In Ihrer Dankesrede sprach sie davon, dass die Welt gegenwärtig – also damals – „Gegenstand der größten Sorge“ sei. Denn: „Mehr und mehr Menschen in den Ländern der westlichen Welt [...] haben sich von der Welt und den Verpflichtungen in ihr zurückgezogen“. Die Öffentlichkeit hat „die Leuchtkraft verloren“ (ebd., 12).

Das stimmt nicht mehr, denn, wie wir ganz aktuell feststellen, gehen Menschen auf die Straße, sie formieren sich zu tausendköpfigen Protestzügen. Aber trotzdem sind die Zeiten jetzt finster – gerade und in aberwitziger Weise wegen dieser neuen Öffentlichkeit. Gemeint sind rechtspopulistische und rechtsextrem Aufmärsche. Kundgebungen und Demonstrationen.

Während sich Ende August 2018 in Chemnitz die Ereignisse übereschlugen, war ich auf Einladung der Schweizer amnesty in Basel. Wir führten einen Workshop gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus durch. Mit Bestürzung verfolgte ich die Berichte aus Sachsen. Das Eidgenössische Department für auswärtige Angelegenheiten „warnt[e] Reisende vor Ausschreitungen in Deutschland“¹. Die „Basler Zeitung“ titelte „Im dunklen Land“, sah in Chemnitz einen „Bürgerkrieg“ und wies darauf hin, dass es da Leute gab, „die ungeniert vor aller Augen den Hitlergruss machten“. Der Kommentator rechnete vor, dass der Anteil der „Ausländer“ an der Gesamtbevölkerung von Chemnitz „bloss 8 Prozent“ betrage. In Basel hingegen „sind gar 36 Prozent der Einwohner keine Schweizer“. „Dass es hier aber zu solchen gespenstischen Aufmärschen gegen Ausländer wie in Chemnitz käme, ist völlig undenkbar.“ (Somm 2018). Ausgerechnet da, im multikulturellen und friedlichen Basel, beschäftigte ich mich mit einer Gruppe von etwa 25 sanftmütigen Schweizerinnen und Schweizern mit der Prävention und Intervention gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

Chemnitz ist kein sächsischer Ausnahmefall. Es ist nur der bisherige „Höhepunkt“ in einer Kette vorher gegangener fremdenfeindlicher, und rassistischer Ausschreitungen im Land. Die Namen der Orte, in denen das geschah, haben sich ins kollektive Bewusstsein eingebrannt; Bautzen, Clausnitz, Dresden, Freiberg, Freital, Heidenau, Hoyerswerda, Ostritz, Sebnitz. Und das in dem Land, in dem der Aufklärer und Verfasser der Ringparabel Gotthold Ephraim Lessing und der Pazifist und Moralist Erich Kästner geboren sind.

1 <http://www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/Schweiz-warnt-Reisende-vor-Ausschreitungen-in-Deutschland> (letzter Aufruf am 07.10.2018)

Das zusammenzudenken ist eine Aufgabe für sächsische politische Bildner/-innen. Die Zeiten sind in der Tat für sie „schwierig“

Zwei Megatrends

In der Zeit, als Hannah Arendt die eingangs genannte Rede hielt, war vieles unbekannt, was heute selbstverständlich ist. Das verdeutlichen zwei große Prozesse, sogenannte Megatrends, die weltweit ablaufen: Individualisierung und Globalisierung.

Individualisierung heißt Loslösung aus den traditionellen Zugehörigkeiten zu Klassen, Schichten und Rollenbildern. Die Gesellschaften, zumindest die der Industrienationen, zeigen und fordern Mobilität und Flexibilität. Das kann, wer die Ressourcen dazu besitzt, als Befreiung verstanden werden aus überbrachten, oftmals engen und rigiden Bindungen und Milieus. Der Prozess hat aber auch eine Kehrseite, z. B. wie Ulrich Beck vermerkt, den „*Verlust an traditionellen Sicherheiten* im Hinblick auf Handlungswissen, Glauben und leitenden Normen [...]“ (Beck 1986, 206). Die Menschen müssen ihre Gewissheiten mehr denn je aus sich selbst heraus ableiten. Damit, so konstatieren Soziologen und Psychologen, sind alle sehr mit sich selbst beschäftigt. Kein Wunder, dass die Selfis und Whatsapp-Gruppen den Alltag bestimmen. Die erstaunliche Tätigkeit, sich möglichst häufig und vor jeder erdenklichen Kulisse immer wieder selbst zu fotografieren oder anderen mitzuteilen, dass man gerade eine Tasse Kaffee trinkt, ist ein Ausdruck dessen, was Beck als Herausbildung eines „ichzentrierte(n) Weltbild(s)“ (ebd., 217) genannt hat. Ein neuer Typ Mensch ist entstanden: der „Smombie“. Dieses „Jugendwort des Jahres 2015“ setzt sich aus Smartphone und Zombie zusammen und meint „Menschen, die durch den ständigen Blick auf ihrem Smartphone so abgelenkt sind, dass sie ihre Umgebung kaum noch wahrnehmen“ (Akademie 2018, 5). Heute haben 97 % der Jugendlichen ein Smartphone und sind im Schnitt täglich 221 Minuten damit beschäftigt sind (Akademie 2018, 5).

Mit der Individualisierung einher gehen also auch Ich-Bezogenheit und Narzissmus und verändern Umgang und Klima der Gesellschaft (siehe Maaz 2014).

Für politische Bildung sind die durch den Prozess der Individualisierung verursachten Veränderungen eine eminente Herausforderung. Schließlich sind Empathie, Solidarität und öffentliches Handeln ihre bestimmenden Kategorien und Zielvorstellungen. Jetzt steht man vor der Aufgabe, für diese Ideen auch (und gerade) in einer vollends individualisierten Gesellschaft zu werben, wohl wissend, dass deren Attraktivität nachgelassen hat.

Globalisierung, der zweite Megatrend, ist – im doppelten Sinne des Wortes – ein Allerweltsbegriff. Anfang September 2018 gab es dafür bei der Internetsuchmaschine Google 5.290.000 Eintragungen. Globalisierung ist „Vernetzung über Grenzen hinweg. Globalisierung ist ein Prozess, in dem Ereignisse in einem Teil der Welt zu-

nehmend Gesellschaften und Problembereiche in anderen Teilen der Welt berühren` (Wichard Woyke)“.²

Grenzen, die natürlichen und die staatlichen, werden dabei zunehmend unbedeutend.

Die Räume werden kleiner, das Ferne wird nah, Ereignisse, die das eigene Leben berühren, haben oft eine weit entfernte Ursache. Die Welt gleicht sich immer mehr: Mac Donalds ist überall, dafür verschwindet das Traditionsgasthaus, Amazon verdrängt den örtlichen Buchhändler. Und es kommt zu Begegnungen von Menschen, die sich nur 50 Jahre vorher nie begegnet wären. Menschen wandern von weit her nach hier und lassen sich nieder und umgekehrt gehen andere von hier nach dort. Der Soziologe Georg Simmel (1858 – 1918) hat bei der „Gelöstheit von jedem Raumpunkt“ den „Fremden“ als einen „Wanderer“ definiert: „Es ist hier also der Fremde nicht in dem bisher vielfach berührten Sinn gemeint, als der Wandernde, der heute kommt und morgen geht, sondern als der, der heute kommt und morgen bleibt [...]“ (Simmel 1992, 764). Diese metaphorische, vor über hundert Jahren geprägte Beschreibung bringt weitsichtig das auf den Punkt, was wir heute um den Begriff „Einwanderungsgesellschaft“ diskutieren. Unausgesprochen, aber dennoch naheliegend sind da auch die Ängste, Ressentiments und Konflikte, die das Klima unserer gegenwärtigen Gesellschaft prägen. Die Wiederkehr der Nationalismen und Fundamentalismen hat hier eine ihrer Ursachen.

Durch die Globalisierung stellen sich eminente Herausforderungen für politische Bildung. Fragen sind u. a.: Wie zivilisierend und wechselseitig anerkennend gestaltet sich die Begegnung zwischen „angestammten“ und neu hinzugekommenen und -kommenden Menschen? Welche Rolle spielen Ängste und Vorurteile, wie wirken diese sich politisch aus? Wie können die internationalen und globalen Vereinbarungen und Verflechtungen einsichtig gemacht werden? Welche Werte und Regeln sind in einer multikulturellen Gesellschaft unverzichtbar und nicht zu verhandeln? Wie ist umzugehen mit dem Gefühl individueller Ohnmacht in diesem weltweiten Prozess?

Individualisierung und Globalisierung bilden die Folie und den beeinflussenden Hintergrund für weitere Entwicklungen und Veränderungen unserer Gesellschaft, auf die ich im Folgenden eingehe.

2 <https://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/teamglobal/67277/was-ist-globalisierung> (letzter Aufruf am 7.10.2018)

Erstens: Die Ambivalenz der Digitalisierung

Der Digitalisierung wird die Kraft einer „Revolution“ bescheinigt (Giddens 2018, 11). Die Ausmaße sind in der Tat gewaltig. Digitalisierung verändert das persönliche Leben aller, die Arbeitswelt, die sozialen Beziehungen und kulturellen Ausdrucksformen. Digitalisierung bestimmt auch die Politik und die Auseinandersetzungen um sie.

Der französische Politik-Professor Jacques de Saint Victor beschreibt mit dem Titel „Die Antipolitischen“ (Saint Victor 2015) ein europaweit wachsendes Phänomen, die „Antipolitik“. „Es bezeichnet eine Art moralischer Entrüstung und Rebellion vonseiten wachsender Randgruppen der Öffentlichkeit, die bestrebt sind, sich von der alten Politik zu befreien, vor allem durch die ‚Tugenden‘ des Netzes“ (ebd., 10 f.). Mit dem Netz ist ein „Kult des Privaten“ (ebd., 22) entstanden, gleichzeitig „steigert das Web 2.0 die Möglichkeit, ‚das Wort zu ergreifen‘, ins Unermessliche“ (ebd., 30).

Der Autor sieht ein wachsendes „Bündnis von Netz und Straße“ (ebd., 33). Die Folge sei ein „antiinstitutioneller Populismus“ (ebd., 42). Dessen Feind sei die „Kaste“: die Kaste der Politiker, die Kaste der Unternehmer, die Kaste der Journalisten“ (ebd., 42).

In der Tat organisieren sich die Protagonisten und Mitläufer des Populismus – und des Rechtsextremismus – auch (und gerade) per Internet, und das in einem breiten, effizienten und ineinander verwobenen System. Damit sind sie imstande, sich binnen kurzer Zeit zu informieren und zu verabreden. Im Internet gibt es Dutzende von Seiten, die dezidiert Vorurteile schüren: und bestätigen: Compact, Russia TV, Politically Incorrect, Journalistenwatch, Deutschland-Kurier, um nur einige zu nennen. Sie verheißeln „alternative“, „kritische“ Fakten.

Die schnelle Mobilisierung per Internet spielte auch am 27. August 2018 eine große Rolle, als „rund 6.000“ einheimische und aus Berlin, Brandenburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen angereiste „Demonstranten“ in Chemnitz erschienen. Dabei wurde Jagd gemacht auf ausländisch erscheinende Personen, Polizisten wurden attackiert und mehrfach der Hitlergruß gezeigt.³ Dabei wurde lauthals gerufen „Wir sind das Volk“.⁴

Es soll kein Missverständnis aufkommen: Selbstverständlich bekommt der Demokratie das Netz sehr gut: mehr Partizipation, mehr Transparenz, mehr Kontrolle, eine riesige Fundgrube an Daten und Informationen. Aber es stellt sich auch die gegenteilige Frage: Wie frei sind wir eigentlich bei der ständigen Bereitstellung, Weitergabe und Fremdnutzung unserer Daten? Nun kann man sagen, dass es doch die eigene Freiheit ist, das Internet zu nutzen. Das stimmt, es ist ja auch bequem. Ich bekomme als Gegenleistung für die paar schnellen Klicks viel freie Zeit – theoretisch, wenn da nicht der Irrgarten der weiterführenden Links wäre. Aber was passiert mit meinen

3 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-08/ausschreitungen-in-chemnitz-sachsen-polizei-ver-sagen> (letzter Aufruf am 7.10.2018)

4 <https://www.youtube.com/watch?v=PiODkhTXw-I> (letzter Aufruf am 07.10.2018)

aufgerufenen (und damit zur Verfügung gestellten) Daten? Wer handelt wie mit ihnen? Und wie werde ich von wem in seinem Konsum- und Freizeitverhalten sowie in meiner Deutung der Welt gelenkt? Harald Welzer hat diese ambivalente und trügerische Freiheit beschrieben als eine „Freiheit zur Selbstentmündigung“ (Welzer 2016, 114).

Das Jahr 2007 spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle. Wissenschaftler haben Bilder ausgewertet, wie sich Reisende in Zügen verhalten. „2007 ist der Scheidepunkt. Je weiter davor die Aufnahmen entstanden sind, desto mehr Menschen sieht man darauf mit aufgeschlagenen Büchern, Magazinen, Zeitungen in U-Bahnen und Vorortzügen sitzen. Je weiter nach 2007 die Fotos geschossen wurden, desto mehr Pendler schauen auf Smartphones und bedienen die kleinen Bildschirme. 2007 kam das erste iPhone in den Handel. Seitdem hat sich die Mediennutzung quantitativ und qualitativ grundlegend geändert“ (Lischka/Stöcker 2018, 54). Seitdem sind digitale „Zwischeninstanzen“ aktiv, die „Intermediären“ wie Google, Facebook, Twitter etc. Diese sogenannten Dienste vertreten jedoch eigene Interessen. Sie beobachten ihre Nutzer/-innen sehr genau. Nicht nur die aufgerufenen Seiten werden registriert, sortiert und ausgewertet wird beim Surfen auch das Verhalten beim Scrollen, jedes Verharren, Zucken, Liken oder eine längere Aufmerksamkeit für eine Seite. Festgestellt wurde, dass „emotional negativ aufgeladene Beiträge (mehr) Reaktionen (provokieren)“. Sie werden häufiger verbreitet. Messbar sind auch „Filterblasen-Effekte“: Konservativ eingestellte Menschen erhalten teilweise andere Inhalte geliefert als Liberale und umgekehrt (ebd., 59). Die „User“ bekommen per Google, Facebook u.a. vorzugsweise das präsentiert, was sie sowieso interessiert. Damit werden Meinungen, wird ein Weltbild nicht offener, sondern immer wieder neu bestätigt und am Ende ist es geschlossen. Hinzu kommen noch automatisierte Programme, die Bots, die über Facebook und Twitter Seiten liken und kommentieren. Sie können sogar aktiv die Kommunikation mit den Nutzern gestalten sind Chat-Partner, die man als virtuelle Akteure kaum erkennen kann.⁵

Joseph Weizenbaum (1923 – 2008) war einer der führenden und weltweit anerkannten Wissenschaftler und Pioniere der Computer-Technologie. Er warnte frühzeitig vor ihrer Macht, z.B. wenn sie in die Hände der Militärs kommt, wenn sie menschliche Arbeitskraft ersetzt, wenn ihre Produktivität „törichten Luxus und tödliche Waffen“ erzeugt (Weizenbaum 1984, 124). Und er warnte auch schon vor einer „Informationskatastrophe“ durch elektronische Fehler oder kriminelle Handlungen (ebd., 128 f.). Sein Fazit: „Einerseits macht es der Computer grundsätzlich einem jeden möglich, in einer Welt der Fülle zu leben; andererseits sind wir schon tüchtig daran, ihn zu verwenden, um eine Welt des Leiden und des Chaos zu schaffen [...]“ (ebd., 125). So Weizenbaum in einem Interviewbuch des Jahres 1984, das den Titel hat „Kurs auf den Eisberg oder nur das Wunder wird uns retten, sagt der Computerexperte“ (ebd., Titel).

5 https://praxistipps.chip.de/social-bots-was-ist-das-einfach-erklart_96529 (letzter Aufruf am 07.10.2018)

Übrigens: Angesichts des abschmelzenden Polareises verliert der Eisberg seinen Schrecken – immerhin.

Der Hinweis auf die „abschmelzenden Polarkreise“ ist sarkastisch, dahinter steht aber ein tiefer Ernst. Denn spätestens mit dem überheißen Sommer 2018 drohte der „dunkle Schatten einer nahestehenden Klimakatstrophe“ (Köppner 2018, 4). Auch damit wird sich politische Bildung verstärkt beschäftigen und angesichts der notwendigen Konsequenzen neue Wege, Zugangsweisen zum Thema und Allianzen (mit Akteuren der Umweltbewegung und mit Kolleg/-innen anderer Fach- und Sachbereiche) suchen und finden müssen.

Politische Bildner/-innen stehen vor weiteren immensen Fragen und Herausforderungen: Welchen Stellenwert und welche Reichweite haben in einer digitalisierten und virtuell gewordenen Welt noch die von ihnen organisierten unmittelbaren Begegnungen zwischen realen Menschen? Die klassischen Informationsvermittelnden Instanzen wie der seriöse Journalismus und die politische Bildung sind jetzt nur noch eine Minderheit unter Millionen von Datenvermittlern und Meinungsmachern. In der vernetzten Öffentlichkeit kann jeder seine Kommentare abgeben im Facebook, in Blogs, Tweets oder einer eigenen Webseite. Man kann das als demokratische Errungenschaft feiern, es ist aber auch eine Plattform für Meinungsautismus und für das Ausschalten unbequemer Informationen. Wie macht da politische Bildung auf ihre, oftmals mit (ungewollten) Zugangsbarrieren versehenen Veranstaltungen aufmerksam? Die persönliche und von der Zeit unabhängige Beschäftigung mit dem PC, Smartphone oder Tablet ist da viel bequemer. Wie verheißungsvoll ist es, wenn politische Bildung festgefahrene Meinungen und Vorurteile in Frage stellen und in den Austausch mit anderen Perspektiven bringen will, wo doch die Filterblasen und Echokammern der digitalen Welt das genau ausschließen?

Zweitens: der neue Populismus

Populisten behaupten, sie seien „das Volk“. Dieses wird homogenisiert, ihm wird unterstellt, es sei im Besitz der absolut richtigen Wahrheit. Populisten schließen ein und grenzen aus. In seiner rechten Variante richtet sich die aggressive Abwehr des Populismus einmal gegen „die“ Politik, „die“ Journalisten, „die“ Wirtschaft, kurzum: „die“ herrschende Elite, zum anderen werden „Ausländer“, „Flüchtlinge“ und vor allem Muslime ausgegrenzt. Für linke Populisten sind es „die“ Kapitalisten“, die „dem Volk“ entgegengesetzt werden. (siehe Jörke/Selk 2017). Fundamentalisten jeglicher Art ist Eines gemeinsam: Das eigene Volk, die eigene Religion wird als eine „gute Gemeinschaft“ (ebd., 69) konstruiert, die bedroht wird durch Fremde und Fremdes. Beides muss exkludiert werden, Einheit ist wichtiger als Vielfalt, gegebenenfalls muss jene erzwungen werden. Populistische Einstellungen sind in Deutschland – und auch weltweit – sehr verbreitet: „Insgesamt stimmen knapp drei von zehn (29,2 Prozent) der Wahlberechtigten populistischen Aussagen grundsätzlich zu und sind damit populistisch eingestellt. Die Verteilung populistischer Einstellungen in der deutschen

Wahlbevölkerung ist – wie die Wahlbeteiligung – sozial gespalten: Je geringer der formale Bildungsstand und je geringer das Einkommen, umso größer ist der Anteil populistisch eingestellter Menschen. Deshalb sind auch Nichtwähler (36,4 Prozent der Nichtwähler) häufiger populistisch eingestellt als Wähler (26,3 Prozent der Wähler)“ (Vehrkamp u. Wratil 2017, 9). Richtig ist, dass hier Differenzierung angebracht ist: Populisten, in diesem Fall in ihrer rechten Variante, sind keineswegs gleichzusetzen mit Rechtsextremisten. Aber wie das Beispiel der AfD und Pegida zeigt, gibt es da fließende Übergänge (siehe Schreiber 2018)

Für politische Bildner/-innen ist dieses Phänomen verwirrend. Immer wieder haben sie ja in ihren Vorträgen, Kursen und Seminaren auf Partizipation und Demokratisierung gezielt. Nun äußern sich millionenfach „besorgte Bürger“ sowie rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen und Organisationen im Netz und auf der Straße und fordern Demokratie fürs Volk und vom Volk.

Immer schon hatte politische Bildung dazu aufgerufen, die „Herrschenden“, das „Establishment“ kritisch zu hinterfragen. Jetzt wird pauschal skandiert gegen „Politiker, Wirtschaftsvertreter, Medienleute – sie alle gehören zum vermeintlichen Establishment derer `da oben`“ (Nachtwey 2016, 219).

Darauf müssen politische Bildner/-innen überzeugende Antworten finden, beispielsweise, dass sie die volksdemokratischen Verheißungen des Populismus entlarven: Populisten suggerieren zwar die Kraft des Volkes, errichten jedoch – über die stellvertretende Deutung dieses „Volkswillens“ – einen neuen Elitarismus. Und sie müssen diejenigen, die doch nicht „so weit gehen“ wollen, auf die Übernahme populistischer Forderungen durch rechtsextreme Akteure und Gruppen aufmerksam machen. Noch eingehend zu diskutieren ist die Frage, wie in den Veranstaltungen damit umgegangen werden soll, wenn in ihren Veranstaltungen „alternative Fakten“ gegen die „seriöse Fakten“ gesetzt werden.

Drittens: Wenn Fakten keine Fakten mehr sein sollen

Damit ist ein neues Phänomen angesprochen, das in rasanter Schnelligkeit in nahezu allen Mündern ist: Die Behauptung, wir lebten in einem „postfaktische Zeitalter“ (Marschall 2017). Das geht so weit, dass nach dem Regierungsantritt des US-Präsidenten Trump Wissenschaftler/-innen ihre Büros, Institute und Labors verließen, um auf der Straße zu protestieren. Ihr Motto: „Stand up for science!“ „Die Forscher sind entsetzt über die Regierung von Präsident Donald Trump, die auf breiter Front wissenschaftsfeindliche Positionen vertritt, beispielsweise die Klimaveränderung leugnet und entsprechende Forschungsgelder kürzt. Christina Paxson, Präsidentin der Brown University in Rhode Island sagte: `Unsere Währung sind nun einmal auf Belege gestützte Tatsachen, nicht alternative Fakten`.“⁶

6 US-Wissenschaftler wagen den Aufstand gegen Trump, in: <http://www.sueddeutsche.de/wissen/pro->

Es ist also so weit gekommen, dass sich Wissenschaftler für ihre Arbeit rechtfertigen müssen.

Hinzu kommt, dass es in den Alltagserzählungen von Verschwörungstheorien wimmelt (Hepfer 2016). Sie gab es zwar schon immer, aber „[d]as Internet macht Verschwörungstheorien [...] sichtbarer als das früher der Fall war“ (Butter 2018). Sie sind zu einem „Riesengeschäft“ (ebd.) geworden. Verschwörungstheorien „begegnen einem persönlich, beispielsweise in einschlägigen Facebook-Gruppen. Die Themenfelder reichen von manipulierten Wahlen, Chemtrails, Klimalüge, inszenierten Terroranschlägen bis zu totaler Überwachung. Fake News dominieren Diskussionen am Stammtisch ebenso wie auf Social Media-Plattformen. [...] Vielfach werden gängige Verschwörungstheorien wie die angeblich gefälschte erste Mondlandung gekoppelt mit der Botschaft, der oder die Einzelne sei auch nicht mehr als eine hilflose Marionette im Weltentheater, gesteuert von Kleingruppen mächtiger Individuen, die hinter den Kulissen die Fäden zögen. Ob Illuminaten, Freimaurer, das Pharmakartell oder die Juden – Geheimgesellschaften hätten Machtzentren wie Politik und Medien infiltriert und steuerten sie. Dabei gehe es ihnen um nichts Geringeres als die Weltherrschaft.“⁷

Aber auch mit den klassischen Medien werden Verschwörungstheorien in Umlauf gebracht und finden ihr vielzähliges Publikum. Ein Beispiel ist das seit 15 Jahren äußerst populäre Buch von Dan Brown „Illuminati“. In ihm wird fabuliert, dass der 1776 gegründete Geheimbund der Illuminaten immer noch aktiv sei, um die katholische Kirche und den Vatikan zu zerstören, auch durch Auftragsmord.

Es gibt Verlage, die ihr Programm auf Verschwörungstheorien ausgerichtet haben. Sie sind in der neurechten Szene fest verwurzelt (siehe Hufer 2018, 140 - 144). Der Kopp Verlag z.B. hatte im August 2018 auf seiner Homepage ganz oben den Titel platziert „Die De-Stabilisierung Deutschlands“. Worum es dabei gehen soll, teilt der Verlag mit: „Die Bundesregierung verhinderte im Interesse der CIA aktiv die Festnahme des IS-Terroristen Anis Amri“. Ein anderes Buch hat den Titel „Umvolkung“ und will erklären „Wie die Deutschen still und leise ausgetauscht werden.“⁸

Was sind die Ursachen für solche obskuren Phantasmen, für den Zweifel an Fakten und Tatsachen? Auch hier wird als Begründung das Internet herangezogen. Die Direktorin des Berliner Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte, Lorraine Daston, stellt fest: „Wir sind von Daten überflutet! Zwischen Daten und Tatsachen besteht jedoch ein großer Unterschied. Wir ernähren uns von Daten – wir können aber auch darin ertrinken“ (Welche Fakten ... 2017, 59). Allein das Internet überfordert, hinzu kommen noch andere Medien, die traditionellen: Jährlich 90.000 Buch-Neuer-

[teste-in-boston-us-wissenschaftler-wagen-den-aufstand-gegen-trump-1.3386855](#) (letzter Aufruf am 7.10.2018)

7 <https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/programmkalender/sendung-2005542.html> (letzter Aufruf am 7.10.2018)

8 <https://www.kopp-verlag.de/Die-Destabilisierung-Deutschlands.htm?websale8=kopp-verlag&pi=972200> (letzter Aufruf am 7.10.2018)

scheinungen nur in Deutschland, in großen Bahnhofsbuchläden liegen ca. mehrere tausend Zeitungen, Zeitschriften, Illustriert und Magazine aus – teilweise werden sie täglich oder wöchentlich durch neue ersetzt. Was davon ist relevant, was muss man wirklich wissen? Oder sollte man die Perspektive einfach umdrehen: Was muss man nicht wissen? Doch wie ist das zu begründen?

Für diejenigen, die sich in Bildungsarbeit engagieren, werden dadurch die Zeiten noch schwerer, als sie bereits waren. Denn welche Überzeugungskraft haben die in ihren Veranstaltungen, in ihren Vorträgen, Kursen, Workshops und Seminaren vermittelten Daten, Fakten und Informationen, wenn sowieso nichts mehr geglaubt wird und sich immer mehr Menschen ausschließlich aus den Kammern und Blasen ihre medialen Netzwerke informieren? In einem meiner Argumentationstrainings gegen Stammisparolen fragte mich neulich ein Teilnehmer: „Wieso soll ich Ihnen glauben, wenn ich mir aus dem Netz tausende Gegenmeinungen herausfiltern kann?“

Sehr optimistisch mutet da die Überzeugung an, dass Aufklärung durch Vernunft möglich sei. Bertolt Brecht lässt seinen Galiliei sagen: „Die Verführung, die von einem Beweis ausgeht, ist zu groß. Ihr erliegen die meisten, auf Dauer alle. Das Denken gehört zu den größten Vergnügungen der menschlichen Rasse“ (Brecht, 1968, 35). Das klingt fast nostalgisch alteuropäisch. Aber trotz dieses Zweifels gibt es keine Alternative zu dem Credo Kants aus dem Jahr 1784, dass mit dem Ausgang aus der „selbst verschuldeten Unmündigkeit“ die Aufklärung beginnt. Ist es nicht das höchste Ziel für politische Bildner/-innen, getreu nach Kants „Wahlspruch“, die Teilnehmer/-innen ihrer Veranstaltungen dabei zu unterstützen, dass sie den „Mut“ haben sollten, sich ihres „eigenen Verstandes zu bedienen“? (Kant 1784, 481). Auch jetzt, 234 Jahr später, bleibt das ein zentrales Ziel politischer Bildung – allerdings in einer Situation weitgehender Unübersichtlichkeit. Damit tritt David, nur mit der Kraft des Arguments und des Verstandes ausgestattet, gegen die Goliaths Google, Amazon, Facebook, gegen die Macht der Algorithmen, gegen die Manipulationen der Internet-Trolls und Bots an. Was da hilft, ist das „Prinzip Hoffnung“ (Bloch 1982).

Viertens: Der Verlust der Verbindlichkeiten und der Öffentlichkeit

Eine demokratische Kultur lebt von der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Interessen. Dazu bedarf es Formen und Foren der Meinungsbildung und der Artikulation der Standpunkte und politischen Absichten sowie des Ausgleichs dieser Interessen. Das unserer Demokratie zu Grunde liegende Prinzip ist Pluralität, also die Vielfalt von Institutionen und Organisationen, die die Interessen ihrer Mitglieder zum Ausdruck bringen und vertreten.

Doch dieses System schwächelt. Vor über 25 Jahren bereits hat Ralf Dahrendorf für die westlichen Demokratien den Verlust der „Ligaturen“ beschrieben. Das sind „tiefe kulturelle Bindungen, die Menschen in die Lage versetzen, ihren Weg durch die Welt

der Optionen zu finden“ (Dahrendorf 1992, 41). In der modernen Demokratie übernehmen diese Aufgabe beispielsweise Parteien, Kirchen und Gewerkschaften. Sie alle müssen seit Jahren einen massiven und offensichtlich unaufhaltsamen Schwund ihrer Mitglieder hinnehmen. Beispiele: Die SPD hatte im Jahr 1990 943.402 Mitglieder. Im März 2018 waren es nur noch 457.700⁹, das ist in diesen 28 Jahren ein Verlust von 51,5%. Die CDU hatte 1990 789.609 Mitglieder, Ende 2017 waren es nur noch 427.173¹⁰, d.h. sie musste seit 1990 einen Mitgliederverlust von fast 46 Prozent hinnehmen. Auch die Mitgliederzahlen der beiden großen christlichen Kirchen schwinden von Jahr zu Jahr, Ende 2017 war die Zahl der zur EKD gehörenden Protestanten auf 21.576.000 gesunken, die Zahl der Katholiken ging auf 23.314.000,58 Millionen zurück.¹¹ Damit gehörten 54,4 % der Bevölkerung in Deutschland einer der beiden großen Kirchen an.¹² „Im Jahr 2005 waren es noch mehr als 62 Prozent gewesen.“¹³

Einen Mitgliederschwund muss auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) verzeichnen. „Dem größten Gewerkschaftsverband der Bundesrepublik gehören nur noch weniger als sechs Millionen Mitglieder an [...] Zur Jahrtausendwende hatte der DGB noch knapp 7,8 Millionen Mitglieder.“¹⁴

Hinzu kommt, dass die Bereitschaft, an Wahlen teilzunehmen sinkt. Sie lag bei der Bundestagswahl 2017 bei 76,2%. Das war immerhin mehr bei den Wahlen 2009 (70,8%) und 2013 (71,5%). Doch es gab schon andere Zahlen: Bei den Wahlen 1972 war die Beteiligung mit 91,1% auf Rekordhöhe.¹⁵

Das hat erhebliche Folgen für eine plurale Demokratie und für die Bindekräfte und Stabilität einer auf politischen und sozialen Ausgleich verpflichtete Gesellschaft. Bürgerinitiativen, Patchwork-Religionen und NGOs, die es immerhin zahlreich gibt, können die Bedeutung und gesamtgesellschaftliche Wirksamkeit dieser kleiner werden Großorganisationen nicht kompensieren.

Ein weiteres unabdingbares Prinzip von Demokratie ist Öffentlichkeit und öffentliche Kommunikation. Ich komme damit wieder auf Hannah Arendts Feststellung zurück. Nach Jürgen Habermas „eignet sich ‚politische Öffentlichkeit‘ als Inbegriff derjenigen Kommunikationsbedingungen, unter denen eine diskursive Meinungs- und Willensbildung eines Publikums von Staatsbürgern zustande kommen kann, zum Grundbegriff einer normativ angelegten Demokratietheorie“ (Habermas 1993, 38).

9 <https://www.sueddeutsche.de/politik/grosse-koalition-spd-verliert-tausende-mitglieder-1.3932792> (letzter Aufruf am 7.10.2018)

10 <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/mitgliederzahlen-der-deutschen-parteien-spd-vor-cdu-a2307509.html> (letzter Aufruf am 7.10.2018)

11 https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Gezaehlt_zahlen_und_fakten_2018.pdf, S. 4 (letzter Aufruf am 7.10.2018)

12 Ebd., S. 5

13 <https://www.tagesschau.de/inland/kirchen-austritte-101.html> (letzter Aufruf am 7.10.2018)

14 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-01/gewerkschaften-verlust-mitglieder-dgb-ig-metall-verdi> (letzter Aufruf am 7.10.2018)

15 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2274/umfrage/entwicklung-der-wahlbeteiligung-bei-bundestagswahlen-seit-1949/> (letzter Aufruf am 7.10.2018)

Er nennt das deliberative Demokratie.

Soweit die Idee, aber schon in seiner 1962 veröffentlichten Habilitationsschrift hat Jürgen Habermas einen „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ festgestellt, welcher der Vorstellung von einer sich diskursiv verständigenden Öffentlichkeit nicht gerecht wird. In den Bereich der Öffentlichkeit oder der Lebenswelt haben sich nämlich zwei mächtige „Steuerungsressourcen“ – quasi wie in einer Art Landnahme – eingebracht und festgesetzt: „Geld und administrative Macht“ (ebd., 36). Unter diesem Umstand ist die offene, kommunikative Verständigung einer „politischen Öffentlichkeit“ in Frage gestellt.

Nun kann man einwenden, dass es doch noch nie so viele Talkshows und Meinungsumfragen gab wie zurzeit. Doch wird hier tatsächlich die öffentliche Meinung abgebildet, und artikuliert sie sich so? Ich habe da erhebliche Zweifel, denn ich halte viele der ewigen Talkshows für eine unangemessene Personalisierung der Politik und eine Trivialisierung und Reduzierung der realen Komplexität.

Aber könnte Bildung nicht eine dritte Steuerungsressource sein? Ich glaube ja, doch dafür müssten die entsprechenden bildungspolitischen Grundlagen geschaffen sein. Und es müsste Bildung ohne funktionale Interessen, ohne Reduktion auf Kompetenzen, Wissen oder Informationen ermöglicht werden.

Hinzu kommt, dass in den letzten Jahrzehnten eine Verschiebung von Privatheit und Öffentlichkeit stattgefunden hat. Das ist die Diagnose des US-amerikanischen Soziologen Richard Sennett in seinem Buch „Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität“. War es früher, etwa im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, selbstverständlich, dass man sich im öffentlichen Raum anders, zivilisiert, benahm und bewegte, dass man Konventionen achtete und unkontrollierte Emotionen zurückhielt, so ist das in der heutigen Gesellschaft – Sennett bezeichnet sie als „intime Gesellschaft“ (Sennett 1987, 281) – ganz anders: „Die intime Gesellschaft wird im Wesentlichen durch zwei Momente bestimmt: durch [...] Narzißmus [...] und durch ein zweites Moment [...], die ‚destruktive Gesellschaft‘“ (ebd., 282). In ihr herrscht eine „Ideologie der Intimität“ (ebd., 329): „Heute kommt es nicht mehr darauf an, was man tut, sondern wie man sich dabei fühlt“ (ebd., 334). Die soziale Realität wird psychologisiert (ebd., 335). Damit wird die Gesellschaft entzivilisiert, denn: „Zivilisiertheit zielt darauf, die anderen mit der Last des eigenen Selbst zu verschonen“ (ebd., 335). „Das Gegenteil von Zivilisiertheit ist Unzivilisiertheit. Unzivilisiert ist es, andere mit dem eigenen Selbst zu belasten“ (ebd., 336). Es ist eine „Verneinung [...] des Werts eines öffentlichen Lebens“ (ebd., 428 f.). Hannah Arendts frühzeitiger Befund wird so von Sennett pointiert bestätigt und zugespißt.

Es stimmt: Wenn ich das Internet aufrufe, werde ich sofort konfrontiert mit dem vergehenden, existierende oder neuen Liebesleben von allen möglichen Prominenten oder Pseudo-Prominenten. Narzissmus (oft sind diese Meldungen ja von den Betroffenen

selbst initiiert) und Exhibitionismus dominieren viele Internetseiten, Fernsehkanäle, Gazetten und Illustrierten. D-Promis oder solche, die es gerne werden möchten, entblößen und entblöden sich, eingerahmt von Webesports, in Trash-Sendungen, ohne diese Selbstdemütigung zu bemerken.

Diese Infos und Sendungen finden ihr Publikum. Ist das noch für politische Bildung erreichbar?

An dieser Stelle müssen wir mitbedenken, dass die Umgangsformen in unserer Gesellschaft ruppig geworden sind. Vor sechs Jahren stand ein Buch auf den Bestsellerlisten, dessen Titel die Situation auf den Punkt bringt: „Die Rüpel-Republik“. (Schindler 2012). Auch gegenwärtig macht wieder ein Buch den rüden Umgang in der Öffentlichkeit zum Thema und stand ebenfalls oben auf der Erfolgsliste. Es hat den Titel „Über den Anstand in schwierigen Zeiten“ (Hacke 2017). Also schon wieder: „schwierige Zeiten“. Der Autor ist Axel Hacke, Kolumnist der Süddeutschen Zeitung. Anstand – wer gebraucht heute noch dieses Wort? Aber – so Hacke – „es schwappet seit einer Weile nicht nur eine Woge von Anstandslosigkeit um die Welt, sondern ein ganzer Ozean tobt“ (Hacke 2017, 7). Er verweist in diesem feinen kleinen Band auf Globalisierung und Digitalisierung, auf die Unsicherheit der Menschen, auf die Bedrohung ihrer Selbstachtung und ihres Selbstwertgefühls (ebd., 106). Um dem zu entgehen, schaffen sie sich ihre eigenen Gewissheiten. „So gesehen haben Fremdenhass, militante Vegetarier und Veganer, mit Schrittzähler bewaffnete Körpertoptimierer. Radikale Tierschützer etwas gemeinsam: Sie schaffen sich ihre eigenen Welten mit eigenen Gewissheiten, mit klarem Blick auf Richtig und Falsch, mit dem genauen Wissen, auf welcher Seite man zu stehen hat“ (ebd., 106 f.). Damit wird die oben beschriebene Individualisierung radikalisiert, sie wird stark getönt von ultimativer Selbstgerechtigkeit. Es dominiert Konkurrenz, die Umgangsformen verändern sich.

Mit diesen Hinweisen soll mein eigentliches Thema „Bildung“ nicht reduziert werden auf Höflichkeit und Anstand. Aber damit ist Bildung zumindest verwandt, auf jeden Fall ist sie eng verbunden mit Zivilisiertheit.

Nach Hegel „[ist Bildung] im Subjekt die harte Arbeit gegen die bloße Subjektivität des Benehmens, gegen die Unmittelbarkeit der Begierde, sowie gegen die subjektive Eitelkeit der Empfindung und die Willkür des Beliebens“ (Hegel, Rechtsphilosophie, zit. nach Steenblock 2013, 25). Dem muss man in seiner apodiktischen Ausschließlichkeit nicht zustimmen, aber distanzlose Selbstherrlichkeit jedenfalls ist kein Merkmal von Bildung. Allerdings bestimmt das Selbst die private und öffentliche Kommunikation der Gegenwart.

Eine zentral notwendige Aufgabe politischer Bildung bei der gegenwärtigen Zerbröselung und Fragmentierung von Öffentlichkeit ist es, Foren und Plattformen bereitzustellen, in und auf denen allgemeine und öffentliche Themen sowohl leidenschaftlich als auch rational und bei gegenseitiger Wertschätzung der Beteiligten thematisiert und diskutiert werden können.

Fünftens: Wirtschaft first, Politik second

Es gibt eine weitere Verwerfung, die Zweifel aufkommen lässt, in welche Richtung sich die Gesellschaft zukünftig entwickelt und wer sie überhaupt noch steuern kann.

Ich komme wieder auf Ulrich Beck zurück, der auf einen „Kategorienfehler“ hinwies, nämlich die „Gleichsetzung von Politik mit Staat“ (Beck 1993, 155). Politik ist vielfach nur noch „symbolische Politik“ (ebd., 205). Die Spielräume sind kleiner geworden: „je kleiner die Spielräume der Politik und die Gegensätze der Parteien, desto größer die Schaumschlägerei“ (ebd.). Das schrieb Beck vor 25 Jahren.

Passend dazu drängt sich mir ein großformatiges Plakat auf, vor dem es vor der letzten Bundestagswahl kein Entrinnen gab: ein Mann, unrasiert, im Unterhemd, nachdenklich sinnierend: Christian Lindner. Nur vier Worte standen auf dem Plakat: „Digital first. Bedenken second“. Wie viel fahrlässiger Unsinn, welche naive Technikeuphorie! Wie viele Zeit ist für dieses Posting draufgegangen, wie viele gute Bücher hätte Lindner stattdessen lesen, wie viele ertragreiche Gespräche führen können!

Die Ursachen für diese Art der plakativen Vermarktung und Inszenierung von Politik und Politiker/-innen ist oben benannt bzw. angedeutet worden: Die Globalisierung frisst die nationale politische Gestaltungsmöglichkeit, die Mediengesellschaft fordert eingängige Botschaften, möglichst kurz, aber mit auffallender Performance. Lange will man sich ja damit nicht bei ihnen aufhalten muss, aber wirkungsvoll, am besten durch Suggestion, sollen sie sein. Zeit ist eben Geld – auch in der Politik.

Das, was nun entstanden ist, nennt der englische Politikwissenschaftler Colin Crouch „Postdemokratie“ (Crouch 2008). Er stellt eine Entwicklung fest, „in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten“ (ebd., 13). Die Gründe sieht er u.a. in der „Macht der Wirtschaftseliten“ (ebd., 22) und dem Rückzug des Staates „aus der Fürsorge für das Leben des normalen Menschen“ (ebd., 30). Überhaupt bewegen wir uns auf eine „beinahe ausschließlich an den Imperativen des Marktes ausgerichtete Gesellschaft“ zu (ebd., 80).

Den letzten Punkt hat Crouch mit zwei nachfolgenden Büchern präzisiert, deren Titel seine These aussagekräftig unterstreichen: „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (Crouch 2011) und „Die bezifferte Welt. Wie die Logik der Finanzmärkte Wissen bedroht“ (Crouch 2015).

Damit verbunden ist ein Fetisch der Zahlen. In seiner kleinen, äußerst lesenswerten Schrift mit dem Titel „die Vereindeutigung der Welt“ stellt Thomas Bauer fest, dass alles „abgewertet [wird]“, „was sich nicht in Zahlen umsetzen lässt“ (Bauer 2018, 38).

Der Titel eines Buches von Steffan Mau bringt es auf dem Punkt: „Das metrische Wir“ (Mau 2017). Sein Befund: „Die Gesellschaft macht sich auf den Weg zur datengestützten Dauerinventur“ (ebd., 12). Die Gründe der Vermessung und Quantifizierung liegen darin, dass solche „harte“ Kriterien im Unterschied zu „weichen“ Werten sofort

als Gewinn oder Verlust beziffert werden können. „Ein [...] wichtiger Antriebsfaktor dieser Verdattung ist die allgemeine Ökonomisierung [...]“ (ebd., 42). Deutlich wird, dass die Macht vom Markt übernommen worden ist, „der über die magische Fähigkeit verfügt, allem und jedem einen exakten Wert bis auf viele Stellen hinter dem Komma zuzuordnen“ (Bauer 2018, 38)

Der Staat und die Kommunen verhalten sich entsprechend: Viele ihrer traditionellen Dienstleistungen und Anteilseigenschaften wurden verscherbelt. Und was behalten wurde, muss sich über erzielte Kostendeckungsgrade und die Berechnungen der Controller legitimieren – davon bleiben auch Bildungseinrichtungen wie die Volkshochschulen nicht verschont.

Konkrete Zahlen für den Rückzug des Staates liefert das Buch von Tim Engartner mit dem Titel „Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland“ (Engartner 2016): Ein Beispiel: Durch die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur wurden „in den vergangenen zwei Jahrzehnten rund 1,2 Millionen Arbeitsverhältnisse vernichtet“ (ebd., 8). Privatisiert wird nahezu alles: Wohnungen, Stadtwerke, Müllentsorgung, Hochschulen und allgemeinbildende Schulen, Krankenhäuser, Schwimmbäder („in den vergangenen zehn Jahrzehnten wurden mehr als 1.100 Schwimmbäder geschlossen“ [ebd., 9]).¹⁶ Dieser „Privatisierungswahn“ (ebd., 13) ist weltweit, begründet wird er durch den global durchgesetzten „Glauben an den Markt als ‚Allheilmittel‘“ (ebd., 13). Was dabei auf der Strecke bleibt, wird in Kauf genommen: ein Sozialstaat, der die Sicherheit und elementare Versorgung seiner Bürger/-innen wahrht.

Die Privatwirtschaft ist kräftig dabei, Arbeitsplätze abzubauen, und zwar massenhaft: So will Siemens insgesamt 6900 Arbeitsplätze streichen¹⁷. Der im April 2018 von seinem Posten abgelöste Vorstandschef der Deutschen Bank John Cryan teilte im letzten Jahre mit: „Wir beschäftigen derzeit 97.000 Menschen. Die meisten Großbanken kommen mit der Hälfte an Angestellten aus.“ Was stattdessen geschehen soll, erklärte die Financial Time weiter: „Cryan verspricht sich durch eine erhöhte Automatisierung von Prozessen eine geringere Fehleranfälligkeit, die manuelle Tätigkeiten mit sich bringen. Zudem sei das Verhältnis von Schaltermitarbeitern und Buchhaltern zu Umsatz generierenden Angestellten ‚aus dem Gleichgewicht geraten‘, so der Brite.“¹⁸

Ein anderes Beispiel, wie Arbeitsplätze verschwinden: „Vor der Ära der digitalen Fotografie – also vor etwa 20 Jahren – hieß der Marktführer Kodak, ein Konzern, der Filmrollen produziert und Fotos entwickelt und der 1998 145.000 Angestellte hatte.

16 Das „große Schwimmbäder-Sterben“ war im Juli 2018 ein Thema, dem sich einige Leitmedien widmeten: https://www.deutschlandfunkkultur.de/das-grosse-schwimmbaeder-sterben-vom-sport-becken-zur-kultur.976.de.html?dram:article_id=361158, <https://www.zeit.de/gesellschaft/2018-07/schwimmbaeder-geschlossen-bund-schwimmer>, <https://www.tagesschau.de/inland/sommer-freibad-kommunen-101.html> (alle aufgerufen am 22.8.2018)

17 <http://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/siemens-betriebsrat-will-ueber-stellenabbau-re-den/20652432.html> (letzter Aufruf am 07.10.2018)

18 <http://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/john-cryan-deutsche-bank-chef-will-mit-weniger-personal-auskommen/20554696.html> (letzter Aufruf am 2018)

Digitalfotos zerstörten die Geschäftsgrundlage des Konzerns, der zu lange auf die analoge Fotografie setzte und sich spät umorientierte. 2014 war die Belegschaft geschrumpft. Die Konkurrenz war nicht nur erdrückend, sie war auch dramatisch anders strukturiert. Als Facebook 2012 die Start-up-Firma Instagram kaufte, die sich weltweit als Foto-App für Smartphones etabliert hatte, zahlte es eine Milliarde Dollar für den täglich von Millionen Menschen genutzten Dienst. Zu diesem Zeitpunkt beschäftigte Instagram 30 Angestellte“ (Blom 2017, 53). Es wird geschätzt. „dass in den nächsten drei Jahrzehnten weltweit bis zu 800 Millionen Jobs überflüssig werden (Pass/Hofer 2018, 6). Da fallen nicht nur sogenannte einfache Tätigkeiten weg, Roboter übernehmen schon die Arbeit von Anwälten, Polizisten („Robocops“) und Journalisten („Robo-Journalisten“) (ebd., 7). Auch in der Medizin, zum Beispiel bei Operationen, sind Roboter nicht mehr wegzudenken. Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, werden noch viel Ethik-Kommissionen beschäftigen.

Sollte es daher nicht umgekehrt zur flotten und leichtfertigen Botschaft heißen: „Bedenken first. Digital second“? Diese Frage sollten sich Politikerinnen und Politiker stellen. Aber die Erwartungen an sie sind gering,

Deutlich wird das durch eine repräsentative Befragung. Es geht um das „Ansehen einzelner Berufsgruppen 2018“, 33 wurden genannt. Auf Platz 30 landeten die Politiker, nur 21% der Befragte bescheinigten ihnen Ansehen. Schlechter schnitten nur Mitarbeiter von Telefongesellschaften, Werbeagenturen und Versicherungsvertreter ab. Auf die ersten drei Plätze kamen „Feuerwehrmann“ (94%), „Arzt“ (89%) und „Kranken-/Altenpfleger“ (89%)¹⁹ (siehe auch: Bürger wollen ... 2018).

Aufschlussreich ist auch das Ergebnis einer anderen Befragung. Dort wurden der private Rundfunk und die sozialen Medien mit 35% bzw. 36% für vertrauenswürdiger eingeschätzt als Kirchen und politische Parteien. Auf den ersten Platz kam übrigens die Polizei mit 65,5%, gefolgt vom Bundesverfassungsgericht mit 63,5% (Decker/Kies/Brähler 2016, 60).

Für die Veranstalter politischer Bildung stellen sich nun regelrecht existentielle Probleme: Wie können ihre – sowieso nicht leicht zu realisierenden - Angebote in der umfassenden Verbetriebswirtschaftlichung (auch ihrer Bildungseinrichtungen) noch bestehen? Sie bringen den Einrichtungen „kein Geld“ – das sollten sie auch nicht, denn wer sich zur Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen entschließt, hat dadurch kaum einen Nutzen, der seinen eigenen „Marktwert“ erhöht. Es ist vielmehr ein Engagement, das der Gesellschaft insgesamt zugutekommt. Solche Veranstaltungen müssten frei sein von der Fixierung auf eventuelle „Kostendeckungsfrage“, die neuerdings berechnet werden. Dafür müssen sich politische Bildner/-innen in ihren Einrichtungen stark machen, an die Solidarität ihrer Kolleg/-innen aus den anderen Fach- und Bildungsbereichen appellieren und so etwas wie eine „Robin-Hood-Rege-

¹⁹ <https://www.versicherungsjournal.de/vertrieb-und-marketing/besser-muellmann-als-versicherungsvertreter-133346.php> (letzter Aufruf am 7.10.2018)

lung“ erwirken: die „reichen“ Bereiche subventionieren die „armen“ (aber ebenso notwendigen). Der horrende Prestigeverlust „der Politik“ bzw. der Politiker/-innen schlägt sich in entsprechend mangelnder Attraktivität der als „politisch“ ausgewiesenen Bildungsveranstaltungen nieder. So gesehen, ist es schon eine Sisyphos-Aufgabe, durch die Veranstaltungen für ein politisches Engagement zu werben.

Der Bildungs- und Politikbegriff

Eines sollte klar sein: In der Schule spricht man von Erziehung, aber dieser Begriff verbietet sich in der Erwachsenenbildung, die ja bezeichnenderweise so und nicht „Erwachsenenerziehung“ heißt. Erziehung ist immer hierarchisch: Jemand erzieht, andere werden erzogen, das Teilwort „ziehen“ macht es deutlich. Bildung hingegen ist eine Selbsttätigkeit der Subjekte. Bildung ist „vor allem Selbstbildung“ (Hastedt 202, 7), man wird nicht gebildet, man bildet sich immer selbst.

Der Bildungsbegriff ist daher ein schier unendliches Thema, oft beschrieben, oft einseitig festgelegt, oft instrumentalisiert, oft missbraucht.

Das ist auch jetzt der Fall, wenn Schule und Bildungseinrichtungen mit einem Millio-nenaufwand digitalisiert werden. Dabei sollte allen bewusst sein: „Es gibt keine digi-tale Bildung“, so der Politikdidaktiker Wolfgang Sander (Sander 2017). Es gibt sie so wenig wie es eine Kreidetafel-Bildung gibt. Die digitalen Medien sind ... Medien, also Mittel. Sie vermitteln nur, Informationen zum Beispiel, mehr nicht.

Gibt es bei dem ja immer subjektiven Bemühen um Bildung noch allgemeine „Lern-ziele“? Ja, zumindest eines ist in unserer überreizten, überbordenden und zersetzten Gesellschaft zentral, nämlich dieses: „Zusammenhang herstellen!“ (Negt 2010, 207). Es geht um die „Wiederherstellung der wirklichen Zusammenhänge der Welt. Der aufgeklärte Mensch ist der diese Zusammenhänge begreifende Mensch, und das ist die Grundlage seiner Mündigkeit“ (ebd., S. 211).

Das ist schwer in einer Gesellschaft, die individualisiert, pluralisiert, ja fragmentiert ist. Es ist schwer, Zusammenhänge zu erkennen in einer zersplitterten Medienlandschaft, in der Hunderte von miteinander konkurrierenden Fernsehkanälen und zig-Tausend sonstiger Medien offensiv und oft aggressiv Interesse und Aufmerksamkeit ihrer Zielgruppen auf sich lenken wollen. Zu Recht stellte Georg Franck, dass Aufmerksamkeit die „neue Währung“ ist. (Franck 1998, 49). Die „neue Währung“ heißt Aufmerksamkeit (Franck 1998, 49). Alle sind umkämpfte Objekte dieser neuen Begierde: Aufmerksamkeit bedeutet Einschaltquote, Klicks, Zustimmung und letztlich Gewinn und Geld. Dabei werden viel Energie und Aufmerksamkeit absorbiert durch die immer schneller auf den Markt geworfenen technischen Innovationen, Es gibt über 60 Smartphone-Her-steller²⁰, die kräftig dabei sind, Aufmerksamkeit mit ihren konkurrierenden Produkten

²⁰ <https://www.sphone.de/smartphone-hersteller/> (letzter Aufruf am 07.10.2018)

zu fordern. Wie viel Zeit wird gebraucht, nur um ihre Angebote zu vergleichen? Was entgeht einem währenddessen?

Fast genauso so schwierig, wie es ist, den Bildungsbegriff zu definieren, ist es mit der eindeutigen Beschreibung dessen, was „Politik“ ist. Politik ist weitgehend „entstaatlicht“, verstreut, globalisiert, findet national, bi- oder multinational, übernational und weltweit an unendlichen Orten und durch unzählige Handelnde mit ebenso vielen Legitimationen, Intentionen und Interessen statt (siehe Hufer 2016, 9 - 13, Boesser-Schnebel u.a., 2016, 24 - 28). Bei aller Unterschiedlichkeit jedoch gibt es Schlüsselbegriffe, die definieren, was „Politik“ kennzeichnet. Politikwissenschaftler, die darum gebeten wurden, diese zu benennen, nannten an vorderster Stelle Konflikt(e), Interesse, Macht, Konsens, Herrschaft, Willensbildung (Alemann von 1994, 144).

Politik ist mehr als das Handeln von Politiker/-innen in Regierungen, Parteien und Parlamenten. „Politik ist heute nicht mehr mit dem klassischen Staatsbegriff und seiner hoheitlichen Verwaltung gleichzusetzen oder engzuführen“ (Greven 1995, 263). Diese Klarstellung des Politikwissenschaftlers Michael Th. Greven ist 23 Jahre alt. Sie hat an ihrer Treffsicherheit nichts verloren, im Gegenteil: Diese Erkenntnis trifft heute, in einer noch diversifizierteren Gesellschaft und globalisierten Welt erst recht zu.

Politik findet allenthalben statt: Die Art und Weise des Kaufens und Konsumierens, die Entscheidung für oder gegen Energieträger, die Gestaltung von Beziehungen, die Formen des Zusammenlebens, das Benutzen von Kommunikationsmitteln, das Mitmachen oder das Dagegenhalten, die Zustimmung oder der Widerspruch bei einer rassistischen Äußerung. Es gibt viele Wegen und Weise politisch zu sein.

Politische Bildner/-innen müssen sich entscheiden, welcher Politikbegriff ihren Veranstaltungen zugrunde liegt – ein enger, also am Staat und dem „System“ orientierter – oder ein weiter – einer, der sich auf die Gesellschaft und ihren Akteuren bezieht (siehe Körber 1994). Das ist ausschlaggebend für die Wahl der Bezugswissenschaften, die Didaktik und Methodik, für Verlauf und Erkenntnis eines Seminars. Welche Entscheidung dabei auch getroffen wird, es gibt keinen monopolisierten Platz „der Politik“. Das ist eine Chance für politische Bildner/-innen, sich von dem verbreiteten Vorurteil freizumachen, Politik sei „ein schmutziges Geschäft“ und „die da oben machen doch, nur, was sie wollen“. Politik betrifft jede und jeden und findet allenthalben statt. Politisch relevante Entscheidungen können herbeigeführt werden, nicht nur von Regierung und Parteien, sondern auch von den Aktivitäten der Zivilgesellschaft. Für die politische Erwachsenenbildung sind drei didaktische Prinzipien zentral: Teilnehmerorientierung (Hufer 2016, 84 f.), Lebensweltorientierung/Alltagsorientierung (ebd., 86 f.) und Handlungsorientierung (ebd., 87 – 89). Sie bieten gute Möglichkeiten, Interesse der Adressat/-innen der Veranstaltungen zu wecken und ihre Aufmerksamkeit auf eine didaktisch und methodisch so präsentierte und aufbereitete politische Bildung zu lenken – und sich schließlich für die Teilnahme zu entscheiden.

Die in der Politikwissenschaft gültigen Kategorien von Politik (siehe oben) bieten Möglichkeiten, in Bildungsveranstaltungen das „Politische“ aufzuspüren und zu begreifen. So kann u.a. danach gefragt werden: Welche Interessen sind im Spiel? Wie und mit welchen Mitteln setzen sie sich durch? Welche Interessen sind zwar vorhanden sind aber nicht durchsetzungsfähig? Warum? Welche Regeln und Prozesse gibt es, um allgemeine Verbindlichkeiten herzustellen? Welche Formen und Wege sind gegeben (oder denkbar), um eine Willensbildung wirksam herbeizuführen? Welche Hindernisse gibt es? Damit sind die Veranstaltungen an keinen Ort gebunden: Politik findet überall statt, auch auf der Straße, im Fußballstadion, der Kneipe, am Arbeitsplatz ...

Im Mittelpunkt: die Demokratie

Wie auch immer: Letztendlich geht es bei den Angeboten politischer Bildung stets darum, Verständnis für eine soziale und plurale Demokratie zu wecken und zu festigen, die demokratischen Regelungen und Entscheidungswege einsichtig zu machen, ein Engagement für die Einhaltung und Verteidigung der Menschenrechte zu bewirken und sich der Ablehnung von Extremismus, Totalitarismus und Diskriminierungen bewusst zu sein.

Und damit sind Erwachsenenbilder/-innen herausgefordert – gerade sie. Denn sie haben täglichen Umgang mit Menschen.

Doch eine Demokratie zu haben, in ihr zu leben, ist nicht selbstverständlich. Die britische Zeitschrift „The Economist“ stellte für 2017 einen „Demokratie-Index“ auf. Mit acht Kategorien (The Economist 2018, 3) wurden 167 Länder drauf hin untersucht, wie demokratisch, weniger oder nicht demokratisch die Verhältnisse dort sind. Das irritierende Ergebnis: Nur 19 Ländern konnten diesen Maßstäben zufolge eine „vollständige Demokratie“ bescheinigt werden. Deutschland ist dabei, aber nur auf Platz 13 (an erster Stelle war Norwegen, gefolgt von Island, Schweden, Neu-Seeland, Dänemark) (ebd., 5). Übersetzt man das in die Zahl der dort lebenden Menschen im Verhältnis zur gesamten Weltbevölkerung, dann sieht das beklemmend aus, denn nur 4,5% aller Menschen lebten 2017 in einer vollständigen Demokratie“ (ebd., 3).

Die Menschen werden nicht unbedingt als Demokraten geboren. Daher gilt der immer wieder zitierte Satz von Oskar Negt: „Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss - immer wieder, täglich und bis ins hohe Alter hinein“ (Negt, 2010, 13, S. 174).

Und an wen könnte dieser Satz besser adressiert sein als an Pädagoginnen und Pädagogen?

Doch bei diesem unverzichtbaren normativen Anspruch gibt es eine Falle: Demokratie ist nicht gleich Demokratie. Wenn, wie oben bereits gezeigt, Populisten in Einklang mit „dem Volk“ wahre Demokratie reklamieren, dann läuft das auf eine Gesellschaft hin-

aus, in welcher der imaginierte „Volkswille“ Ausdruck der Ideologie eines homogenen Volkes ist. Wie aber organisiert und artikuliert sich „das Volk“? Wer gehört überhaupt zum „Volk“ und wer nicht? In der Vorstellungswelt der „Neuen Rechten“ (Hufer 2018) wird das Volk als eine „Fortpflanzungs- und Abstammungsgemeinschaft“ (Lehnert/Weißmann 2009, 156) beschrieben und so mit biologischen und ethnischen Kriterien definiert. Die Konsequenz ist, dass ausgeschlossen ist, wer diese „Abstammung“ nicht vorweisen kann. Das aber widerspricht dem Diskriminierungsverbot des Artikel 3 (3) des Grundgesetzes. In der Konsequenz geht es bei der rechtspopulistischen Vorstellung eine „Volksdemokratie“ „vor allem um Exklusion [...], um die Definition derer, die nicht zum Volk dazugehören sollen [...] eine Grundlage für eine demokratische Verfassungsordnung auf der Basis der Menschenrechte [ist das] nicht“ (Wildt 2017, 122). Hierüber Aufklärung zu leisten, ist gegenwärtig eine besonders wichtige Aufgabe für politische Bildner/-innen. Dabei werden sie sich in Widerspruch zu denjenigen stellen und deren Einlassungen aushalten müssen, die unsere plurale Demokratie mit dem Hinweis auf ihre „echte“, völkische Demokratievorstellung abschaffen wollen.

Die Profession

Doch hier muss kritisch gefragt werden, ob das pädagogische Personal in der Erwachsenenbildung überhaupt dem gerecht werden kann.

Fritz Borinski, der Nestor der politischen Erwachsenenbildung der frühen Bundesrepublik, hatte bereits 1954 in seinem wegweisenden und immer noch lesenswerten Buch „Der Weg zum Mitbürger“ geschrieben: Den „Lehrer“ der politischen Bildung solle „Mut zur Wahrheit und Freiheit“ auszeichnen: „Er muß den Mut haben, gegen den Strom zu schwimmen und von der Meinung, die ´man` zu vertreten hat und die ´man` auch von ihm erwartet, abzuweichen“ (Borinski 1954, 167). Das ist heute, wenn sich auf eine Stelle in der Erwachsenenbildung hunderte Universitätsabsolventen bewerben und dann oft nur ein befristeter Job herauskommt, nicht mehr selbstverständlich. Wer zu viel Mut zeigt, riskiert unter Umständen seinen Arbeitsplatz oder bekommt ihn erst gar nicht.

Ganz und gar nicht problemfrei sind das professionelle Verständnis und das Berufsbild politischer Erwachsenenbildner/-innen. Denn sie arbeiten ja in unterschiedlichen Bezügen, Organisationen und Institutionen. Die Handlungsfelder sind – dem pluralen Verständnis von Erwachsenenbildung entsprechend – vielfältig und an zahlreichen, immer besonderen Orten platziert.

Was die Profession besonders beschäftigen muss, ist die Tatsache, dass viele der nebenberuflich, oft auch hauptberuflich tätigen Honorarkräfte in prekären Verhältnissen nicht selten am Rande des Existenzminimums leben (Dobischat/Hufer 2012). In den Volkshochschulen arbeiten 87% der dort Tätigen auf Honorarbasis (Autorengruppe

2016, 152), nicht alle schlecht bezahlt, aber sehr viele doch. Kann daher von einem Berufsbild/einer Profession die Rede sein? Wenn ja, was sind die Kennzeichen und Kriterien, die unbezweifelbaren und unverwechselbaren Standards der Profession?

Diesen Fragen sind zwei Projekte nachgegangen (Hufer/Richter 2014, Hufer u.a. 2013).

Herausgekommen ist einmal, dass sich die Profession der politischen Erwachsenenbildner/-innen erheblich von der der Politiklehrer/-innen an den allgemeinbildenden Schulen unterscheidet. Das geht so weit, dass sich die Frage stellt, ob es nicht zwei komplett unterschiedliche Berufe sind. Zum anderen aber kann man für die politische Erwachsenenbildung feststellen, dass es trotz ihrer großen Heterogenität doch gemeinsame professionelle Standards gibt. Es gibt Kompetenzen, die jede und jeder braucht, um in diesem Feld professionell zu arbeiten. Christine Zeuner hat sie genannt: Fachkompetenz, Methodenkompetenz, soziale Kompetenz und reflexive Kompetenz“ (Zeuner 2013, 85).

Aber vieles geht unter im Kleinklein des alltäglichen institutionellen Pragmatismus

Falk Scheidig hat der Zunft in seiner äußerst gehaltvollen und materialreichen empirischen Studie „Professionalität politischer Erwachsenenbildung zwischen Theorie und Praxis“ ein eindeutiges Dilemma bescheinigt. Aus mehreren Gründen hält er es für „wenig gerechtfertigt, [...] der politischen Erwachsenenbildung den Status einer Profession zuzubilligen“ (Scheidig 2016, 146). Dabei lenkt er den Blick auf diejenigen, die vor Ort die eigentliche Arbeit leisten: die fast durchweg frei- oder nebenberuflich beschäftigten Kurs- und Seminarleiter/-innen. Gerade sie sind es, die „in starkem Maße die Institutionen nach außen vertreten“ (ebd., 99). In von Scheidig durchgeführten qualitativen Interviews wird deutlich, wie disparat, theoriefern, ja auch theoriefeindlich und ohne Beziehung zu für die Erwachsenenbildung relevanten Bezugswissenschaften viele ihre Arbeit machen. Hier wäre ein notwendiger Ansatzpunkt, an der Qualität der politischen Erwachsenenbildung zu arbeiten und dem vielfach vorhandenen Eindruck entgegenzutreten, dass, was da geschieht, sei sowieso nur beliebig.

Diesem Bild entgegenzuwirken, ist zum einen notwendig für die Legitimität des Faches. Zum anderen braucht Demokratie die politische Erwachsenenbildung als ihre wirkungsvolle Anwältin. Denn wir leben in politisch schwierigen Zeiten.

Literatur

(außer der in den Fußnoten angegebenen Quellen)

Akademie für politische Bildung Tutzing“ Akademie-Report 3/2018

Alemann, Ulrich von: Grundlagen der Politikwissenschaft, Opladen 1994

Arendt, Hannah: Menschen in finsternen Zeiten, München 2012

Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld 2016

Bauer; Thomas: Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt, Stuttgart 2018

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986

Beck, Ulrich: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt am Main 1993

Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt am Main 1982

Blom, Philipp: Was auf dem Spiel steht, 3. Aufl., München 2017

Boeser-Schnebel, Christian/Hufer, Klaus-Peter/Schnebel, Karin/Wenzel, Florian: Politik wagen. Ein Argumentationstraining, Schwalbach/Ts. 2016

Borinski, Fritz: Der Weg zum Mitbürger. Die politische Aufgabe der freien Erwachsenenbildung in Deutschland, Düsseldorf und Köln 1954.

Brecht, Bertolt: Leben des Galiliei, 8. Aufl., Frankfurt 1968 Bürger wollen mehr Staat, in: Süddeutsche Zeitung vom 31.8.2018, S. 2

Butter, Michael: „Verschwörungstheorien sind ein Riesengeschäft“, Interview, in: WirtschaftsWoche, 20.4.2018, in: <https://www.wiwo.de/politik/ausland/michael-butter-verschwörungstheorien-sind-ein-riesengeschaeft/21183972.html> (aufgerufen am 12.8.2018)

Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008

Crouch, Colin: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II, Frankfurt am Main 2011

Crouch, Colin: Die bezifferte Welt. Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht. Postdemokratie III, Berlin 2015

- Dahrendorf, Ralf: der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes, Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016
- Dobischat, Rolf/Hufer, Klaus-Peter (Hrsg.): Weiterbildung im Wandel, Programm und Profil auf Profilkurs, Schwalbach/Ts. 2012.
- Engartner, Tim: Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland, Frankfurt am Main 2016
- Franck, Georg: Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf, München und Wien 1998
- Giddens, Anthony: Eine Magna Carta für das digitale Zeitalter, in: soziologie heute. H 60/August 2018, S. 10 – 12
- Greven, Michael Th.: Die Pluralisierung politischer Gesellschaften. Kann die Demokratie bestehen?, in: Thomas Jäger/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Demokratie in der Krise? Zukunft der Demokratie, Opladen 1995, S. 257 - 281
- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1993
- Hacke, Axel: Über den Anstand in schwierigen Zeiten und die Frage, wie wir miteinander umgehen, München 2017
- Hastedt, Heiner (Hrsg.): Was ist Bildung? Eine Textanthologie, Stuttgart 2012
- Hepfer, Karl: Verschwörungstheorien. Eine philosophische Kritik der Unvernunft, Bonn 2016
- Hufer, Klaus-Peter: Politische Erwachsenenbildung. Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin, Bielefeld 2016 (auch erschienen als Band 1787 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2016)
- Hufer, Klaus-Peter: Neue Rechte, altes Denken. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker, Weinheim 2018
- Hufer, Klaus-Peter/Richter Dagmar: (Hrsg.): Politische Bildung als Profession. Verständnisse und Forschungen, Bd. 1355 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2013, 334 S.
- Hufer, Klaus-Peter/Länge, Theo/ Menke, Barbara/ Overwien, Bernd/Schudoma, Laura: Wissen und Können in der politischen Bildung. Wege zu professionellem Handeln, Schwalbach/Ts. 2013, 446 Seiten (und CD-ROM)

- Jörke, Dirk/Selk, Veith: Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg 2017
- Kant, Immanuel: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Berlinische Monatsschrift, 1784, H. 12, S. 481–494
- Käppner, Joachim: Deutsche Linke. Ende des Projekts, in: Süddeutsche Zeitung vom 6./7.10.2018, S. 4
- Körper, Klaus (Hrsg.): Politische Weiterbildung zwischen Gesellschafts- und Subjektorientierung, Bremer Texte zur Erwachsenen-Bildungsforschung 2, Bremen 1994
- Lehnert, Erik/Weißmann, Karlheinz (Hrsg.): Leitbegriffe. Staatspolitisches Handbuch Band 1, Schnellroda 2009
- Lischka, Konrad/Stöcker, Christian: Online-Intermediäre als Verstärker bei der Meinungsbildung. Wie algorithmische Prozesse den gesellschaftlichen Diskurs beeinflussen, in: Außerschulische Bildung 2/2018, S. 54 – 59
- Maaz, Ulrich: Die narzisstische Gesellschaft. Ein Psychogramm, München 2014
- Marschall, Peter: Lügen und Politik im „Postfaktischen Zeitalter“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2017, S. 17 – 22
- Mau, Steffen: Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen, Berlin 2017
- Nachtwey, Oliver: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, 2. Aufl., Berlin 2016
- Negt, Oskar: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen 2010
- Pass, Claudia/Hofer, Bernhard: Schöne neue Welt. Digitalisierung und gesellschaftlicher Umbruch, in: soziologie heute. H 60/August 2018, S. 6 - 9 „Politische Bildung ist die Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts“, in: Sächsischer Volkshochschulverband. Jahresreport 2015, S. 16 – 18
- Saint Victor, Jacques de; Die Antipolitischen, Hamburg 2015
- Sander, Wolfgang „Das gesellschaftliche Problemfeld „Digitalisierung“ als Aufgabe der politischen Bildung in Schulen“, in: <http://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/medienpaedagogik/258639/das-gesellschaftliche-problemfeld-digitalisierung-als-aufgabe-der-politischen-bildung-in-schulen> (aufgerufen am 11.8.2018)
- Scheidig, Falk: Professionalität politischer Erwachsenenbildung zwischen Theorie und Praxis. Eine empirische Studie zu wissenschaftsbasierter Lehrtätigkeit, Bad Heilbrunn 2016

- Schindler, Jörg: Die Rüpel-Republik. Warum sind wir so unsozial?, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2012
- Schreiber, Franziska: Inside AfD. Der Bericht einer Aussteigerin, 3. Aufl., München 2018
- Sennett, Richard: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1986
- Simmel, Georg: Exkurs über den Fremden, in: Ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Band II, Frankfurt am Main 1992, S. 764 – 771
- Somm, Markus: Im dunklen Land, in: Basler Zeitung vom 1. September 2018, S. 3
- Steenblock, Volker: Philosophische Bildung. Einführung in die Philosophiedidaktik und Handbuch Praktische Philosophie, 7. Aufl., Münster 2013
- The Economist. Intelligence Unit: Democracy Index 2017. Free speech under attack, London, New York, Hong Kong 2018
- Vehrkamp, Robert/Wratil, Christopher: Die Stunde der Populisten? Politische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017, hrsg. Von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2017
- Wildt, Michael: Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Bonn 2017
- Weizenbaum. Joseph: Kurs auf den Eisberg oder nur ein Wunder kann uns retten, sagt der Computerexperte, Zürich 1984
- Welchen Fakten können wir trauen?. In: philosophie magazin 3/2017, S. 58 - 63
- Welzer, Harald: Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit, 3. Aufl., Frankfurt am Main 2016
- Zeuner, Christine: Welchen Kompetenzbegriff sollte man in der politischen Bildung zugrunde legen?, in: Hufer u.a. 2013, a.a.O., S. 82 – 86


Klaus-Peter Hufer



Jahrgang 1949, 1970 - 1974 Studium der Politikwissenschaft, Philosophie und Geographie in Darmstadt, Abschlüsse: Wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Gymnasien und Magister Artium (M.A.) Von 1976 - 2014 Fachbereichsleiter an der Kreisvolkshochschule Viersen/NRW, 1984 politikwissenschaftliche Promotion an der TU Darmstadt (Dr. rer. pol.), 2001 Habilitation an der Universität Essen mit der Lehrbefähigung/Lehrbefugnis Erwachsenenbildung mit dem Schwerpunkt politische Erwachsenenbildung, danach Privatdozent, 2011 Ernennung zum außerplanmäßigen Professor der Universität Duisburg-Essen.

Lehrbeauftragter und Gastdozent an zahlreichen Universitäten und Hochschulen, u.a. in Seoul/Südkorea.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen Bildung allgemein und zur politischen Erwachsenenbildung im Besonderen (Geschichte, Praxis-Theorie-Verhältnis, Professionsverständnis). Urheber und Verfasser des vielfach in der Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus eingesetzten „Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen“.



Der Erwachsenenpädagoge und Politikwissenschaftler Klaus-Peter Hufer beschreibt die aktuellen Herausforderungen für die politische Erwachsenenbildung angesichts der gesellschaftlichen Verfasstheit von Digitalisierung, Populismus, postfaktischer Realität, Verlust von Verbindlichkeiten und Wirtschaft first. Die Antworten darauf sind nicht leicht und einfach. Jedoch: Politische Bildung ist unverzichtbar und muss sich noch stärker den „Mühen der Ebene“ (Bertolt Brecht) stellen.